

## Gujarat 2002: Menetekel für Indien?

Reifeld, Helmut

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Reifeld, H. (2003). Gujarat 2002: Menetekel für Indien? *Indien - Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, 53-77. <https://doi.org/10.11588/ijb.2003.0.1300>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

**gesis**  
Leibniz-Institut  
für Sozialwissenschaften

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Mitglied der  
**Leibniz**  
Leibniz-Gemeinschaft

# Gujarat 2002: Menetekel für Indien?

Helmut Reifeld

„The year 2002 was that of Gujarat.“<sup>1</sup> Kein anderes innenpolitisches Thema hat im Laufe Jahres 2002 in Indien mehr Aufmerksamkeit auf sich gezogen als die politische Entwicklung dieses Bundeslandes. Nach dem Erdbeben vom 26. Januar 2001 mit dem Epizentrum im Distrikt Kutch (Kuchchh), bei dem schätzungsweise 17.000 Menschen ums Leben kamen und das in weiten Teilen Gujarats großen Schaden angerichtet hatte, wurden die Pogrome gegen Muslime während der ersten Jahreshälfte 2002 als die zweite Katastrophe dieses Landes bezeichnet.<sup>2</sup> Während jedoch die Folgen des Erdbebens nach einigen Wochen wieder aus den Schlagzeilen verschwunden waren, beschäftigten die Pogrome und die zahlreichen Konsequenzen, die sich vor allem im Hinblick auf die bevorstehende Landtagswahl daraus ergaben, die Medien das ganze Jahr hindurch. Gujarat lag 2002 im Schnittpunkt brisanter und für die Zukunft Indiens höchst relevanter Fragen: An erster Stelle ging es dabei freilich um die politische Zukunft eines der wichtigsten indischen Bundesstaaten, um seine wirtschaftliche Entwicklung und soziale Integration. Über Gujarat hinaus ging es zweitens aber auch um die politische Bedeutung des Hindunationalismus, um den Einfluss der Hindutva, der Ideologie einer Bewegung zur Hinduisierung Indiens, und letztlich um die Popularität der nicht nur in Gandhinagar, der Landeshauptstadt Gujarats, sondern auch in Delhi regierenden Bharatiya Janata Party (BJP). Und drittens ging es um die Geltung der in der Verfassung verankerten Grundwerte von Demokratie, Pluralismus und Säkularismus, um die viel gerühmte „composite culture“ und damit um das internationale Ansehen Indiens.

Das politische und soziale Erscheinungsbild Gujarats war stets überdurchschnittlich konservativ, sehr religiös und von starken Kastenstrukturen geprägt. Auch die Kongresspartei ist hier viel weiter rechts anzusiedeln als in anderen Bundesstaaten.

---

<sup>1</sup> K.K. Katyal, in: *The Hindu*, 30. Dezember 2002.

<sup>2</sup> Upendra Baxi, „The Second Gujarat Catastrophe“, in: *Economic and Political Weekly* (EPW), 24. August 2002, S.3519-3531.

Eindeutig linke oder gar kommunistische Parteien hatten in Gujarat nie eine Chance. Zwar ist der Staat als das Heimatland Mahatma Gandhis bekannt, aber das Anliegen Gandhis, Hindus und Muslime miteinander zu versöhnen, konnte hier nie tiefe Wurzeln schlagen. Wirtschaftlich und von seiner Infrastruktur her hat Gujarat demgegenüber viele Erfolge zu verzeichnen. Hier leben auf einer Fläche von 196.000 Quadratkilometern etwa 48 Millionen Menschen, 27 Millionen davon auf dem Lande, 14 Millionen in größeren und der Rest in kleineren Städten. Gujarat ist damit neben Maharashtra der am stärksten urbanisierte Staat Indiens. Die Alphabetisierungsrate liegt mit 69 Prozent über dem indischen Durchschnitt, ebenso die Lebenserwartung für Männer mit 61,5 und für Frauen mit 62,7 Jahren. Nach den aktuellen Schätzungen der Planungskommission soll – ein gleichbleibendes Wirtschaftswachstum von acht Prozent vorausgesetzt – der Anteil an der Gesamtbevölkerung, der unterhalb der Armutsgrenze lebt, von derzeit offiziell geschätzten 26,1 Prozent bis zum Jahr 2007 auf 19,3 Prozent sinken. Bereits heute rangiert Gujarat unter den indischen Bundesstaaten mit „nur“ 14,1 Prozent (nach Punjab, Haryana und Kerala) an vierter Stelle. Sollten jedoch die Prognosen der Planungskommission Wirklichkeit werden, würde Gujarat im Jahre 2007 mit gerade einmal zwei Prozent Armutsanteil gemeinsam mit Punjab und Haryana klar an der Spitze liegen.<sup>3</sup>

Nach wie vor ist das Land jedoch mit gravierenden Problemen konfrontiert, die Zweifel an dieser optimistischen Einschätzung nahe legen. Zum Beispiel sind sowohl der Tourismus als auch die Investitionsbereitschaft von außen drastisch zurückgegangen. Das industrielle Wachstum ist in den vergangenen zehn Jahren kontinuierlich gesunken. Während es noch 1996 bei elf und 1998 bei acht Prozent lag, liegt es heute nur noch bei fünf Prozent. Das landwirtschaftliche Wachstum beträgt gerade einmal ein Prozent, und die Arbeitslosigkeit ist in den vergangenen drei Jahren um insgesamt 30 Prozent gestiegen. Die Globalisierung hat zwar die Einkommen derjenigen erhöht, die Arbeit haben, aber nicht zu einem Zuwachs an Beschäftigung geführt. Nach Einschätzung der Wirtschaft hat die BJP-Regierung während der vergangenen Legislaturperiode die ökonomische Entwicklung Gujarats sträflich vernachlässigt. Ihre Politik sei rückwärtsgewandt und „kommunal“<sup>4</sup> verengt gewesen und habe letztlich dem Land geschadet.<sup>5</sup>

Ein großer Teil der wirtschaftlichen Misere hängt mit den klimatischen Belastungen zusammen. Vier Jahre hintereinander leidet das Land nunmehr unter den Folgen anhaltender Dürre. In dieser Zeit fiel auf 80 Prozent von Gujarat weniger als die Hälfte des durchschnittlichen jährlichen Niederschlags. Während nur einige

<sup>3</sup> *The Economic Times*, 16. Dezember 2002. Vgl. zum Hintergrund Girish Patel, „Narendra Modi’s One-Day Cricket“, in: *EPW*, 30. November 2002, S.4826-4837.

<sup>4</sup> Da es für die Begriffe „communal“ bzw. „communalism“, die sich auf die Zugehörigkeit zu und den Spannungen zwischen den jeweiligen religiösen Gemeinschaften beziehen, kein besseres Äquivalent im Deutschen gibt, sollen sie im Folgenden als „kommunal“ und „Kommunalismus“ beibehalten werden.

<sup>5</sup> Vgl. *The Financial Express*, 10. Dezember 2002; *Business Standard*, 5., 6. und 7. Dezember 2002.

Gebiete im Süden und Osten von der verbesserten Wasserversorgung durch den Narmada-Staudamm erreicht werden, sinkt im Norden und Westen der Grundwasserspiegel dramatisch, und die Verschmutzung des Wassers nimmt immer mehr zu. Darüber hinaus reicht die Stromversorgung auf dem Lande gerade einmal für sechs Stunden am Tag, damit zumindest die immer tiefer werdenden Brunnen noch genutzt werden können.

Obwohl Gujarat einer der wirtschaftlich fortgeschrittensten Bundesstaaten Indiens ist, fällt sein Human Development Index proportional zurück. Zum Beispiel sind Gujarat, Bihar und Haryana die einzigen drei Staaten, in denen sich das Geschlechterverhältnis weiter verschlechtert. Während weltweit im Durchschnitt auf 1.000 Männer 1.060 Frauen kommen, sind es in Indien 927, in Gujarat jedoch nur 921. Auch in der Korruptionsstatistik nimmt Gujarat nicht gerade eine Vorbildfunktion ein. Wie Transparency International India errechnet hat, zahlt die indische Bevölkerung derzeit umgerechnet 5,6 Milliarden Euro pro Jahr Bestechungsgelder. Diese fließen primär in den öffentlichen Sektor, vor allem ins Schul- und Gesundheitswesen, sowie an Polizei und Justiz. In Gujarat ist die Zahl der bekannt gewordenen Fälle von Korruption in den letzten drei Jahren um jährlich 15 Prozent gestiegen. Hierin involviert waren auch 11,3 Prozent der Genossenschaftsbanken Gujarats – einer der höchsten Anteile in Indien.<sup>6</sup>

## 1 Godhra und die Folgen

Gujarat weist seit langem die höchste Zahl von Todesopfern kommunaler Gewalt in Indien auf. Mit 117 Toten (auf eine Million Einwohner) innerhalb der Stadtbevölkerung liegt der Staat mit Abstand an erster Stelle vor Bihar mit 78 und Maharashtra mit 45 Opfern. Auch bei Einbeziehung der Landbevölkerung liegt Gujarat an der Spitze, wenn auch die Abstände geringer sind.<sup>7</sup> Die Pogrome jedoch, die seit dem 28. Februar 2002 über mehrere Wochen hinweg an der muslimischen Bevölkerung in Gujarat begangen wurden, übertrafen alles, was Indien seit der Unabhängigkeit an kommunaler Gewalt erlebt hat: Es war eine andauernde Serie von Morden, Brandanschlägen und Massenvergewaltigungen, gedeckt von Polizei und Behörden. Krankenwagen und Feuerwehren wurden behindert, Hospitäler verweigerten Muslimen die Aufnahme, und die Polizei weigerte sich, Anzeigen aufzunehmen oder zu verfolgen. Verbrannte Leichen verschwanden ebenso wie abgebrannte Häuser, und muslimische Schreine wurden über Nacht durch hinduistische Tempel ersetzt. Menschen verloren nicht nur ihren Besitz, ihre Arbeit und ihre Familien, sondern auch ihre Selbstachtung und ihre Identität.

Ausgelöst wurden diese Pogrome durch den Brandanschlag vom 27. Februar auf einen Zug in Godhra (im Distrikt Panchmahal, etwa 120 Kilometer östlich von Ahmedabad), der vollbesetzt war mit *kar sevaks*, den „Kämpfern“ der Hindutva, von

---

<sup>6</sup> *Times of India*, 4. und 18. Dezember 2002.

<sup>7</sup> Vgl. Ashutosh Varshney, *Ethnic Conflict and Civic Life. Hindus and Muslims in India*, OUP New Delhi 2002, S.97ff.

denen 59 ums Leben kamen. Zwar ist die Identität derjenigen, die für diesen Überfall maßgeblich verantwortlich sind, bis heute nicht abschließend geklärt, aber die Mehrzahl von denen, die ihn ausgeführt haben, waren Muslime aus der Gegend um Godhra. Zwar wurden sie nach einjährigen Ermittlungen auf der Grundlage des Antiterrorgesetzes POTA unter Anklage gestellt, aber die Beweislage ist nach wie vor umstritten. Während die BJP immer wieder versucht hat, den Überfall als einen geplanten Terrorakt darzustellen, in den auch der pakistanische Geheimdienst involviert gewesen sein soll, deutet anderes darauf hin, dass es sich auch um einen spontanen Konflikt gehandelt haben kann, der zwischen den *kar sevaks* und den muslimischen Verkäufern von Reiseproviant im Bahnhof von Godhra entstanden war. Die unmittelbare Folge dieses Anschlags waren jedoch systematische Angriffe auf Muslime, die geradezu als Genozid bezeichnet werden können. In den folgenden Monaten kamen in Gujarat offiziellen Schätzungen zufolge etwa 1.000, nach inoffiziellen Zahlen bis zu 3.000 Menschen ums Leben. Bei den wochenlangen gewalttätigen Auseinandersetzungen starben etwa zehnmal so viele Muslime wie Hindus, und noch krasser ist das Verhältnis im Hinblick auf die Zerstörung von Eigentum.

Die Fülle der Augenzeugenberichte über die bestialische Brutalität, mit der Menschen zunächst gequält und dann ermordet wurden, und über den Sadismus, der auch vor Alten, Schwangeren und selbst vor Neugeborenen nicht Halt machte, macht es schwer, Einzelbeispiele anzuführen.<sup>8</sup> Als eine Spitze des Eisberges wurden vor allem die Ereignisse von Naroda-Patia beschrieben, wo in einem reinen Muslim-Slum mehr als 100 Menschen, einschließlich Frauen, Kindern und Alten, unter den Augen der Polizei lebendig verbrannt wurden. Einzelne, die versuchten zu fliehen, wurden sogar von der Polizei zurückgetrieben. Mädchen und junge Frauen wurden zuvor mehrfach vergewaltigt. Und einer schwangeren Frau wurde mit einem Schwert der Bauch aufgeschnitten und der Fötus neben ihr verbrannt. Ein anderes Beispiel ist das von Ehsan Jafri, einem Parlamentsabgeordneten der Kongresspartei, der stundenlang vergeblich telefonisch versucht hatte, bei unterschiedlichen Polizei- und anderen Behörden in Ahmedabad und Delhi Hilfe zu bekommen, bevor er zusammen mit den 19 Mitgliedern seiner Großfamilie und 20 Angestellten in seinem ummauerten Wohnblock verbrannt wurde.

Das Neuartige an diesen Übergriffen war nicht so sehr die Art der Grausamkeiten, sondern das Ausmaß, in dem diese von seiten staatlicher Institutionen gedeckt, unterstützt und kaschiert wurden. Vom ersten Tag an haben die Schutzkräfte Partei ergriffen, während Polizisten, die versucht hatten, sich „neutral“ zu verhalten, bald darauf versetzt wurden. Unter dem Vorwand, sie beschützen zu wollen, wurden Muslime dem Mob in die Arme getrieben. Immer wieder halfen Behörden den fanatisierten Massen, die Häuser von Muslimen zu identifizieren, nicht obwohl, sondern

<sup>8</sup> Eine Übersicht der nur teilweise veröffentlichten Augenzeugenberichte bietet Harsh Mander, „Voices of Collective Conscience“, 1. Teil in: *Frontline*, 3. Januar 2003, S.116-118, „Voices of Collective Conscience“, 2. Teil in: *Frontline*, 17. Januar 2003, S.123-125. Unter den veröffentlichten Augenzeugenberichten vgl. vor allem den Band *Lest We Forget. Gujarat 2002*, hrsg. von Amrita Kumar und Prashun Bhaumik, New Delhi 2002.

weil kein Zweifel daran bestehen konnte, dass diese anschließend in Flammen aufgehen würden. Ein Polizist wurde beobachtet, wie er dem Mob Benzin aus seinem Dienstwagen zur Verfügung stellte. Ein muslimischer Polizeiinspektor wurde von seinen Untergebenen bedroht und konnte sich nur retten, indem er seine Polizeiuniform zurückließ und floh. Landesweit Aufsehen erregte der Schritt von Harsh Mander, einem angesehenen Beamten des Indian Administrative Service (IAS), der aus Protest gegen das Verhalten seiner Kollegen, das er als „Abdankung“ des Rechtsstaats bezeichnete, den Dienst quittierte.<sup>9</sup>

Neu war ferner, dass die gewalttätigen Übergriffe nicht auf städtische Bereiche begrenzt blieben, sondern sich bis in abgelegene ländliche Gebiete erstreckten. In der Vergangenheit war es bei Auseinandersetzungen zwischen Hindus und Muslimen ganz selten vorgekommen, dass Menschen, die auf dem Lande zusammen lebten und arbeiteten, sich plötzlich gegenseitig umbrachten. Ferner rekrutierte sich diesmal der Personenkreis, von dem die gewalttätigen Ausschreitungen ausgeführt wurden, aus fast allen Gruppen der Bevölkerung, von den Ureinwohnern bis teilweise in die obere Mittelschicht hinein. Der allen gemeinsame Feind waren die Muslime. Außerdem kam es in der Vergangenheit kaum vor, dass Dargahs, die von Muslimen verehrt, aber in der Regel von Hindus gleichermaßen respektierten Heiligenstätten, in die Auseinandersetzungen einbezogen wurden. Allein im März wurden in Gujarat 253 Dargahs und 196 Moscheen zerstört oder schwer beschädigt. Erstmals befand sich unter den Opfern auch ein Ausländer.

Es handelte sich bei den Übergriffen nicht um einmalige, unkontrollierte Eskalationen, sondern um ein systematisches Vorgehen, hinter dem vielen Beobachtern zufolge eine langfristige Planung erkennbar war. Die Ausschreitungen, die bereits am 28. Februar, also unmittelbar am Tag nach dem Brandanschlag stattfanden, lassen einen hohen Grad an Vorbereitung erkennen. Die brandschatzenden Gruppen waren nicht nur in großem Umfang mit Gaszylindern, Benzinbomben und Mobiltelefonen ausgestattet, sondern vor allem auch mit Wahl- und Steuerlisten, um Häuser und Geschäfte von Muslimen zu identifizieren. Dabei fiel auf, dass die Geschäfte derjenigen, die mit ihren Steuerzahlungen lange überfällig waren, ausgespart blieben, da sie nicht in den Listen aufgeführt waren. Eine solche Vorbereitung ist nur langfristig und mit Hilfe offizieller Stellen möglich. Deshalb kann das Attentat von Godhra nicht – wie von der Hindutva behauptet – als Ursache, sondern lediglich als Anlass der Ausschreitungen angesehen werden.

## 2 Der Preis der Gewalt

Den allgemeinen materiellen Folgekosten für die Wirtschaft und die politische Entwicklung des Landes auf der einen Seite stehen auf der anderen die menschlichen

---

<sup>9</sup> Vgl. Harsh Mander, Cry, „The Beloved Country“, in: Swami Agnivesh und Valson Thampu, *Harvest of Hate. Gujarat under Siege*, New Delhi 2002, S.133-140. Weitere aufschlussreiche Berichte und Analysen finden sich in *The Black Book of Gujarat*, hrsg. von M. L. Sondhi und Apratim Mukarji, New Delhi 2002.

Einzelgeschicksale gegenüber, die in keiner Währung bezifferbar sind. Bei einer Umfrage unter den Muslimen in Gujarat gaben 14 Prozent der Befragten an, persönlich von den Gewalttaten betroffen gewesen zu sein; 27 Prozent hatten jemanden im Bekanntenkreis, der betroffen war.<sup>10</sup> Im Frühjahr waren über 130.000 Muslime in rasch eingerichtete Auffanglager geflüchtet, und ein großer Teil von ihnen blieb dort bis zum Ende des Jahres, weil sie es nicht wagten, in ihre Häuser (sofern es diese noch gab) zurückzukehren. Zwar konnten bis zum Ende des Jahres 2002 fast alle diese Lager wieder aufgelöst werden, aber nur etwa 80 Prozent der Betroffenen kehrten in ihre ursprünglichen Wohngebiete zurück, von den übrigen haben die meisten Gujarat inzwischen verlassen.

Die Zahl der Häuser, die renoviert oder wieder aufgebaut wurden, geht in die Zehntausende. Die Kosten hierfür wurden maßgeblich von muslimischen Hilfsorganisationen aus ganz Indien aufgebracht, insbesondere von der Jamaat-i-Islami-i-Hind oder der Jamaat Ulema-i-Hind. Hilfsgelder aus dem Ausland kamen vor allem von muslimischen NRIs (Non Resident Indians). Auch aus der Wirtschaft kamen zahlreiche Hilfsgelder. Das Zentralbüro der Kongresspartei in Delhi organisierte 50 Lastwagenladungen mit Lebensmitteln. Die internationale Hilfe hielt sich jedoch (im Unterschied zum Erdbeben von 2001) in engen Grenzen. Während die Hilfen, die aus ganz Indien nach Gujarat kamen, vom Umfang her durchaus mit denen vergleichbar sind, die ein Jahr zuvor für die Erdbebenopfer aufgebracht wurden, stand der Calamity Fund des Premierministers diesmal nicht zur Verfügung. Zwar gab es ungezählte private Einzelinitiativen, aber die Unterstützung aus öffentlichen Mitteln beschränkte sich auf minimale Zuschüsse. Ein Programm der Regierung in Delhi für die Rehabilitierung und Wiedereingliederung der Opfer gab es nicht. Statt dessen kommentierte Ashok Singhal, der Präsident der Vishva Hindu Parishad (VHP), einer der größten Basisorganisationen der Hindutva: Wenn es den Muslimen in den Lagern nicht gefiele, sollten sie sich besser benehmen.<sup>11</sup>

Die Haltung der VHP ist jedoch nicht repräsentativ für die hinduistische Bevölkerung insgesamt. Es gab bereits ab März 2002 neben ungezählten muslimischen auch zahlreiche hinduistische Nichtregierungsorganisationen und Einzelpersonen aus ganz Indien, die nach Gujarat kamen, um sich für die Muslime einzusetzen. Sie begründen dies nicht nur mit Mitleid, sondern häufig explizit mit der Scham darüber, was im Namen des Hinduismus angerichtet worden sei. Es gab auch während der Gewalttaten Hindus, die sich für Muslime einsetzten und damit ihr Leben riskierten. Es gab sogar einige wenige Hindus, die zuvor in muslimischen Wohngebieten gewohnt hatten, die den Muslimen in die *relief camps* gefolgt waren und danach mit ihnen in dieselben, wieder aufgebauten Häuser zurückkehrten. Es war vor allem der starke Einfluss von Hindus auf die öffentliche Meinungsbildung, der in der zweiten Jahreshälfte die Regierung in Delhi dazu veranlasste, einzelne Reintegrationsmaßnahmen zu unterstützen.

<sup>10</sup> *Frontline*, 20. Dezember 2002.

<sup>11</sup> Ramaswamy R. Iyer, „Death of Indian Pluralism?“, in: *EPW*, 20. Juli 2002, S.2993.

Zwar mag es anfangs von einigen Geschäftsleuten als eine gute Gelegenheit angesehen worden sein, durch die Ausschreitungen lästige Konkurrenten loszuwerden, aber die Rückwirkungen gerieten sehr bald außer Kontrolle. Während die materielle Zerstörung, die Muslime erlitten haben, auf insgesamt 38 Milliarden Rupien (ca. 800 Mio. Euro) beziffert wird, waren es für Hindus letztlich 240 Milliarden (ca. 5 Mrd. Euro). Zum Beispiel zerstörte der Mob insgesamt 1.159 Hotels, die im Besitz von Muslimen waren, aber als Folge hiervon verloren 29.000 Personen ihren Arbeitsplatz, von denen nur 700 Muslime waren. Allein in Ahmedabad haben nach den Ausschreitungen 27 Hindus Selbstmord begangen, weil sie ihren Besitz oder ihre Arbeit verloren hatten.<sup>12</sup> Wie die Gujarat Chamber of Commerce and Industry errechnet hat, müssen die langfristigen Folgekosten der Pogrome auf weitere 110 Mrd. Rupien (ca. 2,3 Mrd. Euro) beziffert werden. Es wird geschätzt, dass 2002 nicht nur ein „verlorenes Jahr“ für die Wirtschaft in Gujarat war, sondern dass die wirtschaftliche Entwicklung Gujarats insgesamt um Jahre zurückgeworfen wurde.<sup>13</sup>

Die hohen Folgekosten der Gewalt stehen in krassem Missverhältnis zu den Mitteln, die zur Bekämpfung ihrer Ursachen aufgewandt werden. Vor allem die Maßnahmen zahlreicher NGOs, namentlich SEWA (Self Employed Women's Association) in Ahmedabad, verdienen hervorgehoben zu werden, da sie mit minimalen Mitteln beachtliche Integrationsleistungen vollbringen. Sehr wenige Informationen gibt es hingegen über die Gelder, die aufgewandt werden, um den Hass überhaupt erst zu schüren. Während von der VHP und anderen Basisorganisationen der Hindutva immer wieder behauptet wird, dass jegliche Aktivitäten der Muslime von Pakistan bzw. dem pakistanischen Geheimdienst ISI unterstützt würden, halten sie sich, was ihre eigenen Finanzquellen betrifft, bedeckt. Wie eine ehrenamtlich arbeitende Forschergruppe mit dem Namen Stop Funding Hate herausgefunden hat, unterstützen zahlreiche hinduistische NRIs aus den USA die Hindutva-Bewegung jährlich mit vielen Millionen Dollar. Der Löwenanteil hiervon fließt nach Gujarat. Die wichtigste in den USA operierende Organisation ist der India Development and Relief Fund (IDRF) aus Maryland, dessen Überweisungen zum größten Teil an die Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS) fließen, die größte Massenorganisation der Hindutva, und vor allem für Propagandaarbeit bestimmt sind. Für die Erdbebenopfer in Gujarat hat der IDRF 2001 keine Mittel zur Verfügung gestellt. Statt dessen hat am 8. Januar 2003 eine Gruppe von Non-Resident Gujaratis aus den USA Ministerpräsident Modi gebeten, eine Gaurav Yatra, in New York durchzuführen, also einen ursprünglich hinduistischen Pilgerzug, der zu einem politischen Triumphzug im Namen der Hindutva umfunktioniert wird.<sup>14</sup>

<sup>12</sup> *Asian Age*, 2. Dezember 2002.

<sup>13</sup> *Business Standard*, 20. August 2002.

<sup>14</sup> Naunidhi Kaur, „The Foreign Hand“, in: *Frontline*, 20. Dezember 2002, S.27-29; *The Hindu*, 9. Januar 2003. Im gleichen Geist verfasst sind die meisten Beiträge in dem Band *Gujarat after Godhra. Real Violence, Selective Outrage*, hrsg. von Ramesh N. Rao und Koenraad Elst, New Delhi 2003, die überwiegend von NRIs aus den USA stammen.



Während des ganzen Jahres 2002 wurde im politischen Bereich und in den Medien analysiert, wie es zu dem wochenlangen Blutbad in Gujarat kommen konnte. Trotz der anhaltenden und massiven Kritik an Ministerpräsident Narendra Modi (BJP) nicht nur von Seiten der Opposition, sondern auch durch die Ministerpräsidenten anderer indischer Staaten, war dieser stolz auf seine politische Verantwortung, unabhängig davon, dass er sich jederzeit auf die Rückendeckung der Parteiführung aus Delhi verlassen konnte. Fast sämtliche Kommentatoren in der indischen Presse haben die Ereignisse in Gujarat als Pogrom, als Genozid und als die tiefste Wasserscheide in der indischen Innenpolitik seit mindestens 1992 bezeichnet; einige als „das Ende des Pluralismus“ in Indien oder als eine „pre-fascist upheaval“, ähnlich der in Deutschland Anfang der dreißiger Jahre.<sup>15</sup>

Erst im Laufe der Sommermonate wurde das ganze Ausmaß des Schadens bekannt, und im November präsentierte das Citizen's Tribunal on the Gujarat Carnage der Öffentlichkeit einen zweibändigen Bericht, der auf ungezählten Zeugenaussagen von Opfern sowie auf Interviews mit Verantwortlichen aus der Regierung, der Verwaltung und der Polizei basiert. Das Tribunal setzte sich aus namhaften Richtern, hohen Beamten und einigen Akademikern zusammen. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass es sich bei den Ausschreitungen in Gujarat nicht um herkömmliche „communal riots“ gehandelt habe, sondern um einen Genozid, der mit „military precision“ geplant und systematisch mit Hilfe staatlicher Organe ausgeführt worden sei. In der Zusammenfassung heißt es:

Hindutva barbarians came out on the streets in different parts of Gujarat and, in all flaming fury, targeted innocent and helpless Muslims who had nothing to do with the antecedent Godhra event. They were brutalised by miscreants uninhibited by the police; their women were unblushingly molested; and Muslim men, women and children, in a travesty of justice, were burnt alive. The Chief Minister, oath-bound to defend law and order, vicariously contrived at the inhuman violence and some of his Ministers even commanded the macabre acts of horror.<sup>16</sup>

Obwohl in dem Bericht viele als Mitverantwortliche genannt werden, schreibt das Tribunal Ministerpräsident Modi die politische Hauptverantwortung zu. Gestützt auf die internationale Konvention gegen Völkermord müssten Modi sowie einigen seiner Minister und leitenden Beamten demnach „crimes against humanity“ zur Last gelegt werden, was bis heute nicht geschehen ist. Zwar hatte das Tribunal bereits am 20. August einen ersten Vorabdruck dieses Berichts an die National- und mehrere Landesregierungen geschickt und damit auch die Entscheidungen der Election Commission untermauert; von den Regierungen in Delhi und Gandhinagar wurde er jedoch als „politically motivated“ zurückgewiesen. Bis heute ist es nur in Einzelfällen zu Strafverfahren gegen die Verantwortlichen gekommen, die sich jedoch über-

<sup>15</sup> *Frontline*, 7. Juni und 5. Juli 2002. Der Vergleich speziell zum Nationalsozialismus wurde zwar häufig in den Medien benutzt, aber bis heute nicht systematisch untersucht.

<sup>16</sup> Zit. in: *The Hindu*, 25. November, vgl. auch *The Hindu* vom 23. und vom 24. November 2002.

wiegend auf ältere Straftaten beziehen und denen häufig nur ein symbolischer Wert zukommt, da weder Vorstrafen noch anhängige Strafverfahren für Politiker in Indien eine Seltenheit sind. Parallel zu dem Report des Tribunals hat das Indian Institute of Management in Ahmedabad eine spezielle Association for Democratic Reforms (ADR) eingerichtet, deren Vorsitz B.J. Diwan, der ehemalige Chief Justice des Gujarat High Court, innehat. Wie die ADR festgestellt hat, gehören dem am 12. Dezember neu gewählten Parlament in Gandhinagar nunmehr 38 Mitglieder mit Vorstrafen an, 29 davon aus der BJP. Auch wenn aus der Sicht von Ashis Nandy Modi als „a textbook case of a fascist and a prospective killer, perhaps even a future mass murderer“ anzusehen ist, liegen bis heute keine Anklagen gegen ihn vor.<sup>17</sup> Sechs seiner Minister hingegen sind wegen Landfriedensbruch, Aufruf zur Gewalt, Bankbetrug und zwei sogar wegen Mordes angeklagt.<sup>18</sup> Zwar sind inzwischen einige Strafverfahren auf den Weg gebracht worden, aber die Immunität eines Politikers wurde bisher nicht angetastet.

### 3 Der lange Weg zur Wahl

Die reguläre fünfjährige Wahlperiode für den Bundesstaat Gujarat wäre im März 2003 ausgelaufen. Seit dem Frühsommer 2002 schätzte die Parteiführung der BJP die Stimmung im Land so ein, dass sie sich von vorgezogenen Wahlen erhebliche Vorteile versprach, während die Opposition versuchte, für Gujarat einen Ausnahmezustand (President's Rule) zu erwirken. Die Gratwanderung bestand jedoch darin, einerseits die Notwendigkeit von Wahlen und andererseits deren Durchführbarkeit zu begründen. Anstatt nach der Sommerpause den Landtag wieder einzuberufen, löste Ministerpräsident Modi ihn am 19. Juli auf und bat die nationale Election Commission (EC) um einen Wahltermin innerhalb von drei Wochen. Die EC, die in jedem Fall über die Durchführbarkeit und Durchführung von Wahlen entscheidet, beriet zu diesem Zeitpunkt gleichzeitig über die Situation in Jammu und Kashmir, wo die Landtagswahl in ihrer Durchführbarkeit ebenfalls äußerst umstritten war. Eine zentrale und ausschlaggebende Rolle spielte in beiden Fällen der Chief Election Commissioner (CEC) James Michael Lyngdoh, der im Falle von Gujarat zunächst gegen, im Falle von Jammu und Kashmir jedoch von Anfang an für die Durchführung der jeweiligen Landtagswahl plädierte.

Es gab zweifellos mehr Unterschiede als Gemeinsamkeiten zwischen diesen beiden Landtagswahlen, die beide weit reichende Konsequenzen nicht nur für die Zentralregierung in Delhi, sondern bis in die indische Außenpolitik hinein haben mussten.<sup>19</sup> Da beide Länder an Pakistan grenzen, waren sie nicht nur in den größten Truppenaufmarsch der indisch-pakistanischen Geschichte involviert, der die erste

<sup>17</sup> Ashis Nandy, in: *India Today*, 6. Januar 2003. Lediglich in Großbritannien wurde wegen des zu Tode gekommenen Briten Strafanzeige gegen Modi erstattet.

<sup>18</sup> *The Hindu*, 20. Dezember 2002.

<sup>19</sup> Vgl. hierzu den „Special Report“, in: *Times of India*, 25. August 2002, in dem diese beiden bevorstehenden Wahlen miteinander verglichen werden.

Jahreshälfte 2002 überschattete, sondern würden auch in einen möglichen künftigen Entspannungsprozess einzubeziehen sein. Ferner waren beide Bundesstaaten von Gewalt, Terror und teilweise von Gesetzlosigkeit gekennzeichnet, Jammu und Kaschmir jedoch noch mehr als Gujarat. In beiden Bundesländern gab es eine hohe Zahl von Flüchtlingen und „displaced persons“. Zwar war in beiden Fällen die Durchführbarkeit umstritten, während es jedoch in Gujarat letztlich darum ging, wer gewählt werden kann, war die Frage in Jammu und Kaschmir, wer überhaupt zur Wahl gehen wird. Für die in Delhi regierende BJP stand in ihrer Hochburg Gujarat nicht nur lokale Macht auf dem Spiel, sondern ihr Image in ganz Indien, während sie in Jammu und Kaschmir, was lokale Präsenz betrifft, nicht viel zu verlieren hatte.

Nach der Auflösung des Landtages in Gandhinagar ließ die EC zwischen dem 31. Juli und 11. August eine umfassende Analyse der Lage in Gujarat erstellen. Diese ergab, dass 154 der insgesamt 182 Wahlkreise von den Ausschreitungen betroffen waren, darunter 151 Städte sowie 284 der insgesamt 464 größeren Polizeistationen des Landes. Auf dieser Grundlage entschied der CEC am 16. August, dass erstens die Bedingungen in Gujarat die unmittelbare Durchführung einer Wahl unmöglich machen; zweitens müsse basierend auf Artikel 174 der Verfassung, wie vom Congress gefordert, President's Rule erklärt werden, wenn sich diese Bedingungen nicht bis zum 3. Oktober stabilisiert hätten; und drittens solle die Regierung Modi provisorisch im Amt bleiben, bis entweder dieser Ausnahmezustand erklärt oder ein Wahltermin festgesetzt würde. Damit hatte die BJP zum einen die Chance verloren, die aggressive Stimmung in Gujarat unmittelbar für den Wahlkampf zu nutzen, zum anderen musste sie eine President's Rule vermeiden, da ihr damit das Gesetz des Handelns völlig aus der Hand genommen worden wäre. Nachdem kurz darauf die EC den Wahltermin auf den 12. Dezember festgesetzt hatte, versuchte die BJP noch vergeblich, diesen auf den 6. Dezember vorzuziehen, den zehnten Jahrestag der Zerstörung der Babri-Moschee in Ayodhya. „Having undermined democracy“, so urteilte Rajeev Dhavan, Richter am Supreme Court in Delhi, „the BJP should not be allowed to undermine the patient wisdom of the rule of law“.<sup>20</sup>

Gujarat ist der einzige Bundesstaat in Indien, in dem die BJP nach wie vor über eine absolute Mehrheit verfügt. Ihr Wahlkampf dort im Herbst 2002 war vor allem von einer ambivalenten Doppelstrategie der Bedrohung gekennzeichnet. Auf der einen Seite identifizierte sie die Muslime als eindeutige Bedroher, sei es im eigenen Land oder von Pakistan her. Auf der anderen Seite präsentierte sich die BJP selber als der maßgebliche Repräsentant einer bedrohten Mehrheit, der alles daran setzt, die Bevölkerung Gujarats gegen die bedrohlichen Minderheiten zu verteidigen. In dieses Szenario lassen sich dann – neben den aggressiven Muslimen – auch die konvertierenden Christen einfügen, denen die Bevölkerung zum Opfer fallen könnte, sowie schließlich die gesamte liberale, englischsprachige und westlich orientierte Presse, die durch ihr fortwährendes „Hindu bashing“ der Kongresspartei in die Hände arbeite und die wahre Identität Gujarats in Frage stelle. Der Wahlkampfstrategie spiegelte

<sup>20</sup> Rajeev Dhavan, „The Supreme Court Reference“, in: *The Hindu*, 23. August 2002, sowie derselbe, „The Gujarat Reference“, in: *The Hindu*, 1. November 2002.

einen Dualismus von Modernismus und Antimodernismus wider, indem auf der einen Seite wirtschaftliche Erfolge und ein säkulares Image betont und auf der anderen Seite primitive Feindbilder propagiert wurden.

Besonders umstritten waren die Wahlkampfplakate der BJP, auf denen immer wieder der brennende Zug in Godhra gezeigt wurde, teilweise sogar umrahmt von Portraits der Opfer. Die Überschrift forderte dazu auf, die Hindu Rashtra, den Siegeszug der Hindutva, zum Kampf gegen den Jihad werden zu lassen, da nur so verhindert werden könne, dass jedes Dorf ein weiteres Godhra und Gujarat ein zweites Kaschmir würden. Außer dem brennenden Waggon zeigten einige Plakate auch die beiden von Terroristen überfallenen Tempel von Ashardham und Raghunath als Symbole eines pauschal als aggressiv dargestellten Islam. Wieder andere Plakate zeigten auf der rechten Seite das Bild von Modi und auf der linken das von Musharraf, überschrieben mit der Aufforderung an die Wähler, sich zwischen beiden zu entscheiden.

Am 13. November 2002 ging der CEC J.M. Lyngdoh mit einer Direktive gegen diese Plakate vor und ließ die Verwendung von Bildern verbieten, die zu erneuten kommunalen Konflikten aufforderten. Diese Direktive wurde von der Polizei nur teilweise und widerwillig ausgeführt. Obwohl die ganzen Plakate hätten entfernt werden müssen, wurden von der Polizei häufig nur die kritisierten Bilder herausgeschnitten und damit der Rest des Plakats zu einem Protest gegen die Direktive erhoben. Ebenfalls von der EC verboten wurde die Vijay Yatra, ein tagelanger, triumphaler Siegeszug mit hinduistischen Symbolen, den Modi als Bestandteil seines Wahlkampfes geplant und auch begonnen hatte. Besonderen Anstoß erregte hierbei ein Wagen, der den brennenden Waggon des Sabarmati Express symbolisierte.<sup>21</sup>

Der Wahlkampf der BJP wurde zu einer Hommage an die Opfer von Godhra stilisiert, und den Grundton bildete der Hinweis, dass jedem, der für die Kongresspartei votiere, die Schreie von Godhra in den Ohren dröhnen müssten. Viele Wähler hatten in der Tat den Eindruck, als ob die Kongresspartei ausschließlich die Muslime unterstütze und als ob Musharraf deren Spitzenkandidat für Gujarat sei. Demgegenüber hob sich ihr tatsächlicher Spitzenkandidat, Shankarsinh Waghela, viel zu wenig von Narendra Modi ab, und seine Form von „soft Hindutva“ bot den Wählern keine politische Alternative. Waghela, ein früheres RSS-Mitglied, hatte sich lediglich deshalb der Kongresspartei angeschlossen, weil die BJP ihm zuvor den Laufpass gegeben hatte. Er erweckte nicht den Eindruck, dass es ihm um irgendwelche Inhalte gehe, sondern allein um Machtgewinn. Doch zu diesem Zweck erwies sich die Strategie des Schweigens als ungeeignet. Er hatte von Anfang an die Ausschreitungen als Sachverhalt akzeptiert und damit zugleich die Einschätzung der BJP übernommen, dass die Mehrheit der Bevölkerung in Gujarat aus kommunal denkenden Wählern, wenn nicht gar aus gewalttätigen, die Muslime hassenden Hindus bestehe.

Obwohl die Kongresspartei über vierzig Jahre lang in Gujarat regiert hat, vermochte sie es nicht, hieraus Kapital zu schlagen. Viele ihrer Kandidaten erwiesen

---

<sup>21</sup> Vgl. *Indian Express* vom 19. November und vom 3. Dezember sowie *Times of India* vom 6. Dezember 2002.

sich eher als Gefangene dieser ruhmreichen Vergangenheit, indem sie einer erstarrten Parteiführung vertrauten, die lediglich noch opportunistisch zu reagieren, aber nicht mehr konzeptionell zu handeln vermochte. Ihr Wahlkampf fiel besonders in den Wahlkreisen sehr schwach aus, wo traditionell ihre Hochburgen lagen, wo also der Anteil entweder an Muslimen oder an Ureinwohnern überdurchschnittlich hoch ist. Die Kongresspartei ignorierte völlig, wieviel Einfluss inzwischen die VHP insbesondere in den Gebieten der Ureinwohner aufgebaut hatte. Einige ihrer Kandidaten haben diese Gebiete erst besucht, nachdem sie hierzu von der Parteiführung aus Delhi aufgefordert worden waren.<sup>22</sup> Ferner hat die Kongresspartei keinen Vorteil daraus zu ziehen vermocht, dass sie in den beiden großen Städten Ahmedabad und Rajkot die Stadtregierung stellt und sogar 23 der insgesamt 25 Distriktverwaltungen kontrolliert. Und schließlich gab es keine Abstimmungen zwischen ihr und den kleineren Oppositionsparteien, wie vor allem mit der National Congress Party (NCP) unter Sharad Pawar und P.A. Sangma, die sich vor zwei Jahren im Verlauf einer Auseinandersetzung über die Führungsrolle Sonja Gandhis vom Congress (I) abgespalten hatte. Ebenso hat die Samajwadi Party im Nachhinein eingesehen, dass sie sich frühzeitig um Koalitionsbildungen vor allem mit der NCP hätte bemühen müssen. Im Nachhinein bezeichnete Pawar den Sieg der BJP als Folge des „non-uniting“ aller „secular parties“.<sup>23</sup>

Im Kern reduzierte die BJP ihren gesamten Wahlkampf auf die Alternative: regionaler Chauvinismus hier in Gujarat versus terroristische Muslime unterstützt von den „Pseudosäkularisten“ von außerhalb. Es war die hinduistische Mehrheit hier, belagert von einer feindlichen religiösen Minderheit, deren Rückhalt ganz woanders liegt. Um die ökonomischen Probleme Gujarats ging es in diesem Wahlkampf so gut wie gar nicht. Weder die BJP noch die Kongresspartei waren bemüht, ökonomische Reformkonzepte anzubieten. Die Klein- und Mittelstandsbetriebe, die im allgemeinen der BJP keineswegs ablehnend gegenüberstehen, wiesen sogar darauf hin, dass die ausschließliche Konzentration auf die Bedrohung durch den Islam und die dadurch verbreitete „fear-psychosis“ dem wirtschaftlichen Aufschwung des Landes abträglich seien.<sup>24</sup>

Aber die Kongresspartei hatte der BJP nicht nur wenig entgegenzusetzen, sie litt auch unter der Bürde von „1984“. Damals, unmittelbar nach der Ermordung Indira Gandhis durch ihre Sikh-Leibwächter, hatten entsprechende Bemerkungen ihres Sohnes Rajiv Gandhi ebenfalls verheerende Pogrome zur Folge. Allein in Delhi waren fast 2.000 Sikhs niedergemetzelt worden. Die Parallele zu den Pogromen von Gujarat wurde im Laufe des Jahres 2002 oft gezogen, und nicht wenigen Repräsentanten der Kongresspartei erschien es angebracht, erneut ihr Bedauern für die Vorgänge von 1984 zum Ausdruck zu bringen. Hinzu kam, dass am 23. Dezember 2002 Sajjan Kumar aus Mangel an Beweisen freigesprochen wurde. Der frühere Lok-

<sup>22</sup> Vgl. Lancy Lobo, „Adivasis, Hindutva and Post-Godhra Riots in Gujarat“, in: *EPW*, 30. November 2002, S.4844-4849.

<sup>23</sup> *The Hindu*, 9. Januar 2003.

<sup>24</sup> Vgl. *Times of India*, 4. Dezember 2002, und *Business Standard*, 4. Dezember 2002.

Sabha-Abgeordnete der Kongresspartei für Delhi war seit damals wegen Landfriedensbruch, Aufforderung zur Gewalt und Teilnahme an den Lynchkommandos angeklagt gewesen. Dass dieses Urteil erst nach 18 Jahren gefällt wurde, erweckte nicht den Eindruck, als ob der indische Rechtsstaat entschlossen und scharf gegen derartige Delikte vorgehe.

#### 4 Die „Ernte des Hasses“

Von der formalen Durchführung her kann die Landtagswahl in Gujarat vom 12. Dezember 2002 als demokratisch eingestuft werden. Umso schwerer fiel es den Medien und der politisch interessierten Öffentlichkeit, den überwältigenden Wahlsieg der BJP als authentischen Ausdruck des Volkswillens zu akzeptieren. Dem offiziellen Endergebnis zufolge ist die BJP im neuen Landtag mit 126 von insgesamt 181 Sitzen vertreten, die Kongresspartei hat 51 Sitze, vier fielen an andere Kandidaten. Gujarat ist einer der wenigen Bundesstaaten in Indien, indem es keine bedeutenden Regionalparteien gibt. Zwar stimmen die meisten Kommentatoren darin überein, dass der so genannte Hindutva-Faktor ausschlaggebend war für diesen Wahlerfolg, doch wäre es übereilt, von den Pogromen automatisch auf den Wahlsieg zu schließen.

Es besteht weitgehend Konsens darüber, dass die BJP ihren Wahlerfolg zum einen dem propagierten regionalen Chauvinismus zu verdanken hat und zum anderen der systematischen Instrumentalisierung eines Feindbildes, das gleichzeitig dazu diente, die Region vom Makel des Genozids reinzuwaschen. In diesem Sinne haben zweifellos die Hasstiraden des Wahlkampfs und die Popularität Narendra Modis maßgeblich zum Erfolg beigetragen. Darüber hinaus gab es aber auch Kreise in der Bevölkerung, die sich weder emphatisch von Propaganda mitreißen ließen noch von der Ideologie überzeugt waren, die sich aber dennoch Hoffnungen machten, von einem Sieg der BJP zu profitieren. Es ist auffallend, dass auch viele aus der oberen Mittelschicht und der Bildungselite des Landes der BJP ihre Stimme gaben. Gleichzeitig hat die BJP unter den jungen, arbeitslosen Erwachsenen wesentlich mehr Stimmengewinne zu verzeichnen als die Kongresspartei, der Frauen im Durchschnitt mehr die Treue hielten als die männlichen Wähler. Darüber hinaus wäre es sachlich falsch, praktizierende Hindus automatisch für BJP-Wähler zu halten, denn interessanterweise fielen gerade die Wahlkreise an die Kongresspartei, in denen drei der populärsten hinduistischen Pilgerzentren liegen, nämlich Somnath, Dwarka und Ambaji.

Eine breit angelegte Analyse des Wählerverhaltens, die während des Wahlkampfes von dem angesehenen Centre for the Study of Developing Societies (CSDS) durchgeführt worden war, hatte das Ergebnis sehr präzise vorausgesagt.<sup>25</sup> Demnach war das Ansehen der alten Regierung unter Modi in der gesamten Bevölkerung beachtlich. Selbst unter den Stammwählern der Kongresspartei waren 12 Prozent mit den Leistungen der alten Regierung „sehr zufrieden“ und weitere 31 Prozent „zu-

---

<sup>25</sup> Vgl. *Frontline*, 20. Dezember 2002, S.4-16.

frieden“. 46 Prozent der Wahlberechtigten hielten Modi für einen effizienten Ministerpräsidenten, der das Ansehen Gujarats erhöht und vor allem den Bau des Narmada-Damms<sup>26</sup> vorangetrieben habe. Sogar unter den Wählern der Kongresspartei hielten 14 Prozent Modi und nur 32 Prozent Waghela für den besseren Kandidaten, während mehr als ein Drittel unentschieden waren.

Aufgrund der außerordentlich aktiven Basisarbeit der BJP und der sie unterstützenden Gruppen in Gujarat während der vergangenen zehn Jahre betrachten sich bereits 40 Prozent der Bevölkerung als *traditionelle* BJP-Wähler, nur noch 30 Prozent als Stammwähler der Kongresspartei und 27 Prozent als Wechselwähler. Auf der Wohlstandsskala zwischen Arm und Reich sind die jeweiligen Sympathien genau gegenläufig: Demnach stimmen 66 Prozent der Reichen für die BJP (25 Prozent für die Kongresspartei), in der gehobenen Mittelklasse sind es noch 61 (bzw. 26) Prozent, in der unteren Mittelklasse 49 (bzw. 37) Prozent, unter den Armen 45 (41) Prozent, und erst unter den *very poor* hat die BJP mit 41 Prozent weniger als die Kongresspartei mit 44 Prozent. Maßgeblich zum Wahlausgang beigetragen hat zum einen, dass unter den Wechselwählern die latenten Sympathien für die BJP wesentlich größer waren als für die Kongresspartei, und zum anderen, dass die jeweiligen Stammwähler von der BJP wesentlich intensiver mobilisiert worden waren.

Wie die Studie des CSDS belegt und wie auch von den Medien immer wieder betont wurde, traten die Veränderungen im Hinblick auf den so genannten KHAM-Faktor in Gujarat stärker in Erscheinung als irgendwo sonst zuvor. KHAM sind die vier Initialen für: Kshatriya, Harijan, Adivasi und Muslim (also für die Kriegerkaste, die traditionell gemischt-religiös zusammengesetzt ist, für die Unberührbaren, die Ureinwohner und die Muslime). Diese vier Bevölkerungsgruppen machen zusammen mehr als ein Drittel der Stimmen aus und bilden traditionell das Rückgrat der Kongresspartei. Obwohl sich die BJP primär auf die Unterstützung der Oberschicht und der höheren Hindukasten verlassen konnte, ist es ihr gelungen, darüber hinaus auch in diese Hochburg der Kongresspartei einzudringen. Hierfür gab es verschiedene Ansatzpunkte. Unter den Adivasis zum Beispiel besteht sehr viel Ressentiment gegenüber den Muslimen, von denen sie sich übervorteilt fühlen. Die Verknüpfung von Armut und Hass, die sich zudem gegen einen eindeutig identifizierbaren Feind richtete, erwies sich als außerordentlich stark.<sup>27</sup> Deshalb wurden die antimuslimischen Pogrome von ihnen vielfach sehr positiv aufgenommen und bewirkten einen Wechsel zur BJP. In diesen Zusammenhang gehört auch, dass die zahlreichen Quotenregelungen, die maßgeblich von Regierungen der Kongresspartei eingeführt worden sind, viel von ihrer Attraktivität verloren haben. Theoretisch sollten sie diese Gruppen begünstigen, praktisch aber haben sie zu sehr komplexen Rivalitäten zwischen ihnen geführt.

<sup>26</sup> Vgl. hierzu: Helmut Reifeld, „Tempel des modernen Indien? Die Kontroverse um den Narmada-Staudamm im Winter 2000/2001“, in: *Indien 2001. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, hrsg. von Werner Draguhn, Hamburg 2001, S.379-394.

<sup>27</sup> Ganesh Devy, „Tribal Voice and Violence“, in: *Gujarat. The Making of a Tragedy*, hrsg. von Siddharth Varadarajan, New Delhi 2002, S.246-266.

Was die Nominierung von Kandidaten für die jeweiligen Wahlkreise betrifft, gab es zwischen der BJP und der Kongresspartei deutliche Unterschiede. Da der spätere Anteil an Sitzen für Dalits und Adivasis ohnehin gesetzlich festgelegt ist und keine der beiden Parteien darüber hinaus ging, waren besonders die anderen Gruppen der Gesellschaft von Interesse. Zwar ist die Politik der Quotenregelungen sowohl unter Politikern als auch in der Bevölkerung sehr umstritten, aber praktisch ist sie kaum umkehrbar. Stark zugenommen hat demgegenüber die Einbindung der OBCs (Other Backward Classes). Um dem intensiven Bemühen der Kongresspartei um diese Gruppen begegnen zu können, hatte die BJP ihren Anteil an OBC-Kandidaten um 40 Prozent erhöht. Gleichzeitig nominierte die BJP im Vergleich zu 1998 noch sieben weitere „Patels“ aus der traditionell dominierenden, ursprünglich vor allem Land besitzenden Kaste in Gujarat. Die insgesamt fünf muslimischen Kandidaten traten ausschließlich für die Kongresspartei an. Personen, die ihre Kandidatur persönlichen Beziehungen zu verdanken hatten, gab es in beiden Parteien.

Ebenso wie im Falle ihres Spitzenkandidaten Waghela entschied sich die Kongresspartei mit Yatin Oza im Wahlkreis von Narendra Modi für einen BJP-Rebellen als Gegenkandidaten – freilich ohne Erfolg. Im Unterschied hierzu nominierte die BJP zum Beispiel in Godhra, dessen Bevölkerung sich fast zur Hälfte aus Muslimen zusammensetzt und das eine traditionelle Hochburg der Kongresspartei ist, erfolgreich Haresh Bhatt, den Präsidenten der rechtsradikalen Bajrang Dal, eine der gewalttätigsten Basisorganisationen der Hindutva. Tendenziell vernachlässigt wurde von der BJP die Region Kutch, wo der Mangel an Reintegrationsmaßnahmen nach dem Erdbeben vom Januar 2001 weit gehend der BJP-Regierung angelastet wird. Einen unerwarteten Erfolg erzielte die BJP im Distrikt Dangs im Süden, der stark von Ureinwohnern geprägt ist und der vor vier Jahren traurige Berühmtheit erlangte, weil dort, initiiert von der Bajrang Dal, die heftigsten Übergriffe gegen Christen in der Geschichte des unabhängigen Indien verzeichnet werden mussten.

Zweifelloso lehnt eine große Mehrheit der Bevölkerung Gujarats die gewalttätigen Ausschreitungen gegen Muslime im ersten Halbjahr 2002 ab. 73 Prozent der BJP-Wähler und 76 Prozent der Kongressparteiwähler halten diese Form kommunaler Gewalt für „totally unjustified“. Aber auch die indirekten, teilweise latenten Einschätzungen des sozialen, interreligiösen Zusammenlebens verdienen Beachtung. Demnach fordern 48 Prozent ein Verbot für Konversionen, 47 Prozent möchten interreligiöse Heiraten verbieten, und 31 Prozent halten die Zerstörung der Babri-Moschee von 1992 für gerechtfertigt. Eine der aufschlussreichsten Fragen war wahrscheinlich, wie hoch der Anteil der Muslime an der Bevölkerung Gujarats eingeschätzt wird. Nur jeder fünfte nannte eine Zahl in der Nähe des tatsächlichen Anteils von neun Prozent. Drei Viertel der Befragten schätzten ihn wesentlich höher ein.<sup>28</sup>

Diese Zahlen helfen, das antimuslimische Klima in Gujarat zu beschreiben, das sich zwar nur vage fassen lässt und keineswegs neu ist, aber wahrscheinlich zu den am stärksten ausgeprägten in Indien gezählt werden muss. Die Sangh Parivar, die „Familie“ der Hindutva-Anhänger, hat in Gujarat seit langem eine soziale und politi-

---

<sup>28</sup> *Frontline*, 20. Dezember 2002.



sche Atmosphäre erzeugt, die von Hass und Ausgrenzung insbesondere gegen Muslime, aber teilweise auch gegen Christen geprägt ist. Unabhängig sowohl vom sozialen Status als auch vom Bildungsgrad wird hier noch mehr als anderswo ein Hindu-mädchen verachtet, wenn es sich mit einem Muslimjungen einlässt. Wohngebiete von Muslimen werden häufig als „Mini-Pakistan“ bezeichnet. Das Mittel, mit dem Narendra Modi und Praveen Togadia, der internationale Generalsekretär der VHP, die Wahl gewonnen haben, war kein Programm, sondern ein Pogrom, und wenn sie vom „enemy“ sprachen, meinten sie pauschal die Muslime. Keineswegs nur radikale Hindutva-Aktivisten, sondern auch durchschnittliche BJP-Politiker der gut situierten Mittelklasse sprachen im Wahlkampf von den Muslimen als „kachra“, also als „Abfall“, den es zu beseitigen gilt. Als jedoch Anfang Februar 2003 Praveen Togadia einen Krieg der USA gegen den Irak allein aus dem Grunde begrüßte, weil er gegen ein islamisches Land gerichtet war, regte sich sogar innerhalb der VHP Widerspruch.

Im internationalen Vergleich und unter den gegenwärtigen Bedingungen verlangt das antimuslimische Klima in Indien allgemein, aber in Gujarat im Besonderen umso mehr nach einer Rechtfertigung, weil wahrscheinlich die einzige größere nationale Gruppe von Muslimen, die bisher so gut wie keinen fundamentalistischen Terror hervorgebracht hat, die indische ist. Bis heute wurde unter den Angehörigern der Al Quaida kein einziger indischer Staatsbürger identifiziert. Gleichzeitig wird seit langem die nationale Loyalität der Muslime in Indien systematisch in Frage gestellt. Aber auch die nationale Gesinnung von Christen wird immer wieder in Zweifel gezogen. Deshalb herrschte Ende 2002, Anfang 2003 unter den Christen in Gujarat, ebenso wie in anderen Teilen Indiens, teils betretenes Schweigen, teils Empörung, denn eine der ersten Initiativen der neuen Regierung Modi bestand darin, eine Art Bestandsaufnahme der Christen in Gujarat erstellen zu lassen. Da eine solche Erhebung illegal ist, wurde bereits ein ähnlicher Versuch 1999 vom Gujarat High Court verboten. Da Fragen nach der Religionszugehörigkeit nur im Rahmen einer allgemeinen Volkszählung und auf der Grundlage eines nationalen Gesetzes gestellt werden dürfen, hat das All-India Christian Council erneut Anklage erhoben.<sup>29</sup> Vor diesem Hintergrund hegen jedoch die meisten Christen in Indien keinen Zweifel daran, dass sie (wie bereits im Winter 1998/99) jederzeit wieder in die gleiche Sündenbockrolle geraten können. Wenn Bilder des CEC J.M. Lyngdoh, dessen mutiges Handeln als ein Beweis für die Widerstandskraft der indischen Demokratie angesehen werden sollte, während des Wahlkampfes in Gujarat verspottet wurden, dann richtete sich dies nicht zuletzt gegen ihn als Christen, und der gleiche Spott traf auch Sonia Gandhi.

Vor diesem Hintergrund erscheint es nicht mehr ganz so verwunderlich, dass die BJP ihre größten Erfolge genau in den Distrikten verzeichnen konnte, in denen Anfang 2002 die heftigsten Ausschreitungen kommunaler Gewalt stattgefunden hatten. Von den 65 Delegierten aus diesen Gebieten gehören jetzt 53 der BJP an. Dies umfasst auch 24 der 28 Sitze, die sie gegenüber der letzten Landtagswahl 1998 neu

<sup>29</sup> *The Hindu*, 12. März 2003.

hinzugewonnen hat. Damit stammen 73 ihrer insgesamt 126 Sitze aus den Wahlkreisen in Zentral- und Nord-Gujarat. Elf Sitze verloren hat die BJP demgegenüber in den Regionen Saurashtra und Kutch, wo sogar mehrere Minister der vorangegangenen Regierung ihre Sitze nicht behaupten konnten. In 36 Wahlkreisen gewann die BJP nur mit einer hauchdünnen Mehrheit gegenüber der Kongresspartei. Mehrere Wahlkreise wären an die Kongresspartei gegangen, hätte sich diese zuvor mit der National Congress Party verständigt.<sup>30</sup> Proportional gesehen, basiert deshalb der „Erdrutschsieg“ der BJP auf lediglich 49,79 Prozent der Stimmen (im Vergleich zu 44,81 Prozent 1998), während die Kongresspartei knapp 40 Prozent errungen hat. Demnach bleibt die Tatsache, dass sich die Hälfte der Bevölkerung auf die extrem propagierte Polarisierung zwischen den Kräften der Hindutva auf der einen und den von ihr so genannten „Pseudosäkularisten“ und Minderheiten auf der anderen Seite zugunsten der Hindunationalisten eingelassen hat.

## 5 Gujarat als Hoffnungsträger der BJP?

In dem Wahlkampf, der der Landtagswahl in Gujarat vorausging, überragten religiöse Themen mit Abstand alle anderen. „Diesmal geht es ausschließlich um die Frage der Religion“, so hatte Anfang Dezember ein unabhängiger Beobachter seine Eindrücke zusammengefasst.<sup>31</sup> Die Auseinandersetzung hatte jedoch nicht die Form eines Dialogs, sondern einer Schlacht. Bereits Anfang September hatte Ashok Singhal, einer der Präsidenten der VHP, das Blutbad von Gujarat als ein „successful experiment“ bezeichnet. Es sei ein Sieg für die hinduistische Bevölkerung Indiens, wenn die Dörfer in Gujarat jetzt „emptied of Islam“ seien.<sup>32</sup> Ebenso deutlich formulierte Praveen Togadia seine kämpferischen Absichten: „While Godhra reflected the *jehadi* mentality of the Muslims, the subsequent events in Gujarat were proof of the Hindu awakening.“ Und Ashok Singhal ergänzte: „Our *sadhus* will prepare the Hindus in the art of self-defence“.<sup>33</sup>

Berauscht vom Wahlerfolg, schlug Praveen Togadia am 17. Dezember noch schärfere Töne an. Diese Wahl habe die Richtung angegeben, in der die Hindutva jetzt marschieren werde, und das Programm sei eindeutig: Bau des Ram-Tempels in Ayodha, Verbot für Konversionen in ganz Indien, ein einheitliches Zivilrecht, Abschaffung der Sonderrechte für Jammu und Kashmir, Ausweisung aller „Eindringlinge“ aus Bangladesch und ein Statut zum Schutz der Kühe. Allen, die sich diesem Programm entgegenstellten, drohte er die Todesstrafe an. Diese „death sentences“ müssten nicht von der VHP ausgeführt werden, sondern die Bevölkerung selber werde sie ausführen – wie Gujarat gezeigt habe. Die Hindutva stehe nicht länger am Rande der Gesellschaft, sondern in deren Zentrum, denn diese Wahl habe der

<sup>30</sup> Vgl. Dipankar Gupta, „Overestimating the Saffron Wave“, in: *The Hindu*, 25. Dezember 2002.

<sup>31</sup> Zit. in: *Deccan Herald*, 12. Dezember 2002.

<sup>32</sup> *The Hindu Business Line*, 8. September 2002.

<sup>33</sup> Zit. in: *Hindustan Times*, 10. Dezember 2002.

Glaubwürdigkeit der „Pseudosäkularisten“ ein Ende bereitet. Es gehe jetzt nicht nur um die nächsten Landtagswahlen und schließlich die nächste Nationalwahl 2004, sondern auch darum, dass „fundamentalism and extremism cannot be finished till Pakistan is dismembered“.<sup>34</sup> Und in seinem gleichzeitig veröffentlichten Manifest schrieb Togadia:

We will repeat Gujarat all over the country, making the whole country a laboratory to establish its supremacy in India. This is our promise and our resolve. [...] If *madrasas* and the *jehadi* laboratory are allowed to educate to kill non-Muslims, why can't we have our own laboratory?

Zwar halten einige die Äußerungen von Togadia für so abstrus, dass es ihnen schwer fällt, sie ernst zu nehmen, die meisten aber sehen in ihnen die Spitze eines gefährlichen Eisberges, da sie ein breites Echo in der BJP finden. Die Drohung von BJP-Präsident Venkaiah Naidu zum Beispiel, seine Partei plane, „to replicate the Gujarat experience everywhere“,<sup>35</sup> hat nicht nur die Kongresspartei aufgeschreckt. Bereits während des Wahlkampfes fragten sich viele, ob der politische Gewinn, den die BJP offensichtlich aus dem Blutbad in Gujarat ziehen konnte, als ein erfolgreiches „Experiment“ bewertet werden könne. Vertreter der BJP wie auch ihre politischen Gegner sprachen vom „Labor“ der Hindutva. Viele haben Modi und Togadia mit Nathuram Godse, dem Mörder Mahatma Gandhis, verglichen. Rajni Kothari, einer der namhaftesten Politikwissenschaftler Indiens, sieht in dem Erfolg von Modi und Togadia die demokratischen Traditionen Indiens auf den Kopf gestellt, „a complete rout of grassroots politics, [...] an already fascist restructuring of the polity and the nation“. Für ihn bildet die ideologische Rechtfertigung von Gewalt, die er das „Togadia phenomenon“ nennt, eine einschneidende Veränderung der politischen Kultur in Indien, die alles übertrifft, was die BJP bisher politisch durchzusetzen versucht hat. Diese Art der Aufforderung zur Gewalt stellt für ihn nicht nur eine Verschärfung im Auftreten der Sangh Parivar dar, sondern „the beginning of the end“ der indischen Demokratie.<sup>36</sup>

Die ungeheure Popularität, die Narendra Modi und Praveen Togadia in Gujarat genießen, wirkt auf die meisten Beobachter in Indien befremdlich, wenn nicht gar schockierend. Beide waren zuvor keine Lieblinge der Massen gewesen, und ihr Bekanntheitsgrad war Ende 2001 noch sehr begrenzt. Deshalb tun sich sowohl die Medien als auch die Führung der BJP schwer, in ihnen eindeutig den neuen Hoffnungsträger der Partei zu erkennen. Es war die erste Wahl, die von der Sangh Parivar ohne maßgeblichen Einfluss der Parteiführung durch Vajpayee und Advani gewonnen wurde. Im Wesentlichen haben Narandra Modi selbst und seine Freunde aus der VHP und der Bajrang Dal in Gujarat diesen Sieg erzielt. Deshalb zweifeln viele

<sup>34</sup> *The Hindu*, 18. Dezember 2002.

<sup>35</sup> *Hindustan Times*, 24. Dezember 2002.

<sup>36</sup> Rajni Kothari, „Beginning of the End“, in: *Hindustan Times*, 10. Januar 2002, Zitat ebenda.

darán, dass sich dieser Wahlerfolg von Gujarat auf andere Bundesstaaten übertragen ließe.

Anfang 2003 war die BJP – außer in der Alleinregierung in Gujarat und der Koalitionsregierung auf nationaler Ebene – nur in vier Bundesstaaten an weiteren Koalitionsregierungen beteiligt: in Himachal Pradesh, Uttar Pradesh, Jharkand und Goa. Der einzige nennenswerte Sieg, den die BJP in den insgesamt 24 Landtagswahlen der vergangenen vier Jahre (vor Gujarat) errang, war in Goa. Darüber hinaus lassen sich in der bisherigen Geschichte Indiens kaum Beispiele für die Übertragbarkeit von Wahlerfolgen von einem Bundesstaat auf einen anderen finden. Als Gegenbeispiel sollten vor allem die Landtagswahlen in Rajasthan, Madhya Pradesh und Dili von 1998 dienen. In allen drei Staaten war die BJP zuvor an der Regierung gewesen, und nachdem die Regierung Vajpayee im Frühjahr 1998 erfolgreich Nukleartests hatte durchführen lassen, befand sie sich aufgrund dieser populären Machtdemonstration schon während des Wahlkampfs in einem Siegestaumel. Trotzdem übernahm nach den Wahlen in allen drei Staaten die Kongresspartei mit einer soliden Mehrheit die politische Verantwortung. Auch in den ersten vier Landtagswahlen nach Gujarat, die am 26. Februar 2003 in Himachal Pradesh, Tripura, Nagaland und Meghalaya durchgeführt wurden, hatte die BJP keine Erfolge zu verzeichnen. Insbesondere in Himachal Pradesh gewann die Kongresspartei mit deutlichem Vorsprung. Die nächsten Wahlen stehen im Dezember in Dili und Mizoram an sowie eventuell auch schon Rajasthan, Madhya Pradesh und Chhattisgarh. Auf die drei derzeit von der Kongresspartei regierten Staaten Rajasthan, Madhya Pradesh und Dili richtet sich jetzt die größte Aufmerksamkeit. Ob sich diese Staaten mit einem Programm des „cultural nationalism“, wie es in Gujarat euphemistisch genannt wurde, erobern lassen, bleibt abzuwarten.

Was die Frage nach der Übertragbarkeit des Wahlerfolgs von Gujarat auf andere Bundesstaaten betrifft, gehen die Einschätzungen in zwei Richtungen auseinander. Die einen betonen den homogenen sozialen und politischen Charakter Gujarats, für den es nirgendwo in Indien eine unmittelbare Entsprechung gibt; die anderen weisen auf das antimuslimische Klima in vielen Teilen Indiens hin, das vielleicht ebenso leicht entflammbar ist wie in Gujarat. Eine „Modi-fied Hindutva“, so urteilt Harish Khare, einer der Herausgeber der anspruchsvollen Tageszeitung *The Hindu*, zeichne sich vor allem durch drei Merkmale aus: erstens durch eine „cultivated intolerance of dissent“, zweitens durch eine „governmental authority“, die Minderheiten in die Schranken weist, und drittens durch eine „unhealthy and untenable invocation of xenophobia“. Sollte dieses Konzept Schule machen, könnte dies für Indien einen „permanent civil war“ zur Folge haben, aber nicht die erhoffte weltpolitische Führungsrolle im 21. Jahrhundert.<sup>37</sup>

Auch Ashutosh Varshney, einer der bekanntesten Analytiker kommunaler Gewalt in Indien innerhalb der jüngeren Generation, zweifelt an der Übertragbarkeit des Erfolgs von Gujarat. Seine Hauptgründe sind, dass erstens die Unterstützung der Hindutva in Gujarat durch die im Ausland und insbesondere in den USA arbeitenden

<sup>37</sup> Harish Khare, „The Stakes in Gujarat“, in: *The Hindu*, 13. November 2002.

NRIs größer sei als in jedem anderen Teil Indiens, zweitens habe die Hindutva in Gujarat unter dem Schutz einer mit absoluter Mehrheit regierenden BJP handeln können, wie sie in keinem anderen Bundesland gegeben sei, drittens sei der Grad an Urbanisierung, die stets kommunale Gewalt begünstige, in Gujarat weit überdurchschnittlich, und viertens sei Gujarat eine Hochburg der VHP, „the most politically unrestrained, legally unmindful and rhetorically brazen organisation in India today“.<sup>38</sup> Allerdings habe nie zuvor in Indien eine derart große Gruppe der Bevölkerung in Form einer demokratischen Wahl ein Pogrom legitimiert, das mit dem Antisemitismus im Europa der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts auf eine Stufe zu stellen ist. Im Falle eines erneuten „Godhra“ sei deshalb zu befürchten, dass gewalttätige Konfrontationen auch in anderen Teilen Indiens eskalieren könnten.

Ob die aktuelle Popularität Modis anhält oder nur vorübergehend sein wird, bleibt abzuwarten. Auch innerhalb der BJP wird bezweifelt, dass er landesweit als das neue, entscheidende Zugpferd der Partei fungieren kann. Viel von der durch Modi selbst produzierten Aura des einsamen Helden, der sich von den Göttern geliebt weiß, konnte wahrscheinlich nur in Gujarat Anklang finden. Weder lässt sich diese Atmosphäre leicht auf andere Gebiete mit einem unterschiedlichen kulturellen Hintergrund übertragen, noch könnte Modi sie aus dem Gujarati in eine andere Sprache transformieren. Die Gesellschaft Gujarats ist sehr viel homogener als die der meisten anderen Bundesstaaten vergleichbarer Größe in Indien. Auch sollte nicht vergessen werden, dass – wie oben dargelegt – proportional gesehen, letztlich weniger als 50 Prozent der Bevölkerung der BJP ihre Stimme gaben und 30 Wahlkreise nur mit einer hauchdünnen Mehrheit an die BJP gingen. Auch in Gujarat selber ist es unwahrscheinlich, dass sich auf Dauer politischer Erfolg allein durch Hass und Angst erzielen lassen wird.

## 6 Säkularismus oder Religion als Politikersatz?

Bei einem Strategiegespräch führender Repräsentanten der BJP in Gandhinagar am 4. Januar 2003 ging es primär um die in diesem Jahr in Gujarat anstehenden Wahlen für die Selbstverwaltungskörperschaften in 89 Städten und zahlreichen Kreisen und Bezirken. Bei dieser Gelegenheit erläuterte Innenminister L.K. Advani, dass Jawaharlal Nehru das Konzept des Säkularismus völlig verzerrt habe, indem er versucht habe, es ganz von Religion freizuhalten. Praktisch habe die Kongresspartei seit 50 Jahren eine Politik der „vote banks“ im Namen des Säkularismus betrieben. Diesem „pseudo-secularism“ werde die BJP ihr Verständnis von Säkularismus entgegenstellen, in dem zwar alle Religionen im Prinzip als gleichrangig gelten sollen, sich aber einfügen müssen in einen „cultural nationalism“.<sup>39</sup> Was Advani hierunter versteht, hat er bei vielen anderen Gelegenheiten ausgeführt, nämlich eine „Indisierung“ insbesondere des Islam und des Christentums, die den Hinduismus als die dominie-

<sup>38</sup> Ashutosh Varshney, in: *Outlook*, 30. Dezember 2002.

<sup>39</sup> *The Hindu*, 5. Januar 2003. Praveen Togadia macht sogar noch Mahatma Gandhi für die „pseudo-secularist ideology“ verantwortlich (*Times of India*, 16. Dezember 2002).

rende und maßgebliche Religion des Landes akzeptieren müssen, um dann toleriert zu werden. Die Bedingungen hierfür sind allerdings: Erstens die Einfügung in eine Einheitskultur, in der die gewachsene kulturelle und religiöse Vielfalt des Landes nivelliert wird, zweitens die Unterbindung aller ausländischen Einflüsse im religiösen Bereich, sei es aus dem Vatikan, aus Mekka oder aus Islamabad, und drittens das Verbot von Konversionen, da auch Allah und Jesus in die lange Reihe der Gottheiten aufgenommen werden können. Eines der Dauerthemen Modis ist deshalb die Einführung eines Gesetzes gegen Konversion (Anti-Conversion Bill), wie es bereits in Tamil Nadu, Madhya Pradesh und Orissa verabschiedet wurde.

Bei den nationalen Wahlkämpfen von 1996 und 1998 propagierte die BJP das Motto „One nation, one people, one culture“. In dieser Formulierung spiegelt sich das Ringen um Selbstbehauptung und das Bemühen um Identitätsbildung in nuce. Sie drückt aber auch die Geringschätzung des Anderen, die Verachtung der Minderheiten und deren Majorisierung aus. Diese Kombination von Einheiten hat es in der Realität niemals gegeben, und alle Minderheiten haben immer wieder gegen diesen Anspruch protestiert. Darüber hinaus lassen sich allein schon für den Anspruch selbst, eine einheitliche Kulturnation sein zu wollen, kaum genuin „indische“ Wurzeln finden. Ein ähnliches Beispiel für die Strategie der BJP findet sich in dem äußerst umstrittenen jüngsten Schullehrplan des Kultusministeriums. Hierin wird als oberster Grundsatz formuliert: „Sarva dharma sambhav“ (Alle Religionen sind möglich). Unter dieser Prämisse soll als erster Schritt die Religion insgesamt aufgewertet und wieder fester im Unterrichtskanon verankert werden, um dann als zweiten Schritt die Dominanz des Hinduismus durchzusetzen.

Von den Kritikern des „cultural nationalism“, wie ihn die BJP propagiert, wurde wiederholt darauf hingewiesen, dass Indien damit gleichzeitig die „Zwei-Nationen-Theorie“ Pakistans rechtfertige. Um diesem Einwand zu begegnen, erklärte L.K. Advani am 21. November 2002 vor dem Parlament (und wiederholte diesen Hinweis in den darauffolgenden Tagen mehrfach), Indien werde niemals ein reiner „Hindu state“, noch strebe die BJP an, einen „theocratic state“ zu errichten. Diese Äußerungen erregten nicht nur Verwirrung in den Reihen der Hindutva, sondern lautstarken Protest von Seiten der gesamten Führungsriege der Sangh Parivar. Insbesondere Bal Thackeray, der Führer der Shiv Sena, verurteilte Advanis Bemerkung als Dolchstoß in den Rücken der Hindutva, die unaufhaltsam fortschreiten werde und hierfür nicht den Segen Advanis benötige. Auch die Führungsriege der VHP, Giriraj Kishore, Vishnu Hari Dalmia und Ashok Singhal u.a. protestierten: Die Formulierung sei Ausdruck einer „soft policy“, ein „circus act to keep his secular image intact“.<sup>40</sup>

Ebenso wie in der Diskussion um das Antiterrorgesetz POTA und andere Themen im Kontext der gegenwärtigen Terrorismusbekämpfung ging es auch in diesem Augenblick wieder um das Image und das Selbstverständnis sowohl der regierenden BJP als auch der Hindutva-Bewegung, als Garant der nationalen Sicherheit und eines starken Staates zu gelten. Das Phantom des „soft state“ hat in Indien seit den

<sup>40</sup> Vgl. *The Hindu*, 22. und 28. November, sowie *Indian Express* vom 26. und *The Pioneer* vom 28. November 2002.

Terroranschlägen 2001 und insbesondere seit dem Überfall auf das indische Parlament am 13. Dezember 2001 kontinuierlich an Bedeutung gewonnen.<sup>41</sup> Die Grundhaltung, die dahinter steht, formulierte am krassesten Arun Shourie (BJP), früher einer der namhaftesten Journalisten Indiens und heute Minister for Disinvestment, der monatelang mit seiner Bemerkung zitiert wurde: Es dürfe nicht heißen „Auge um Auge, Zahn um Zahn“, sondern „Für ein Auge beide Augen, und für einen Zahn den ganzen Kiefer“.

Dieses Aktion-Reaktion-Schema wurde im Verlauf des Jahres 2002 von Vertretern der BJP und der Hindutva fortwährend als eine Art Naturgesetz zur Rechtfertigung angeführt. Es bildet seit langem eines der immer wiederkehrenden Erklärungsmuster der Hindutva-Bewegung, die ihr Handeln nicht nur als Reaktion auf aktuelle Ereignisse, sondern auch auf eine weit zurückreichende historische Entwicklung rechtfertigt. „We have not forgotten the plunder of Somnath a thousand years ago“, erklärte Praveen Togadia Anfang Dezember.<sup>42</sup> Die Zerstörung der Tempelanlage in Somnath durch muslimische Eroberer im 13. Jahrhundert wurde schon vor zehn Jahren von Innenminister L.K. Advani zur Rechtfertigung der Zerstörung der Babri-Moschee angeführt. Im Weißbuch der BJP von 1993, zu dem Advani das Vorwort geschrieben hat, erläuterte er, dass die *kar sevaks*, nicht nur ein „symbol of our subjugation“ zerstört hätten, um ein „symbol of resurgence“ an dessen Stelle zu setzen. Der „spirit of Somnath“ mache Ayodhya darüber hinaus zur „greatest nationalist assertion in known history“ und führe den Hindus schlaglichtartig vor Augen, „how far we have to travel“.<sup>43</sup>

Es scheint die langfristig angelegte Strategie der BJP zu sein, die Muslime in Indien einzuschüchtern und zu passiver Unterordnung zu zwingen, um sie bei Bedarf als kontrollierte Sündenböcke zur Verfügung zu haben. Wenn sie auf jegliche Gewaltanwendung verzichten (sich also auch nicht verteidigen?), so erklärte ihnen L.K. Advani, seien sie unter einer BJP-Regierung sicherer als unter jeder anderen. In schönen Worten beschrieb auch M. Venkaiah Naidu, der Präsident der BJP, sein Programm einer künftigen nationalen Versöhnung. Demnach kann erstens nur ein starker Staat den Terrorismus bekämpfen, und der „Pseudosäkularismus“, der von den Medien und der Kongresspartei propagiert würde, führe lediglich zu „appeasement“ und Schwäche. Zweitens sollten die Kategorien von Mehrheit und Minderheit völlig aus dem politischen Denken verbannt werden, weil es nur noch eine Nation gebe. Und drittens seien Konversionen unnötig und verursachten lediglich „social tension and mutual distrust“. Alle Teile der Bevölkerung sollten darauf vertrauen, dass die BJP keinen theokratischen Staat errichten wolle: „Accept our concept of cultural nationalism and we will give you peace, prosperity and development.“<sup>44</sup>

<sup>41</sup> Vgl. hierzu den ausgezeichneten Artikel von Vir Sanghvi, in: *Hindustan Times*, 13. Januar 2002.

<sup>42</sup> *Times of India*, 3. Dezember 2002, Titelseite.

<sup>43</sup> Zit. in: Rajeev Dhavan, „Puja at the Qutub Minar“, in: *The Hindu*, 27. Dezember 2002.

<sup>44</sup> Interview in: *The Times of India*, 21. November, und *The Hindu*, 10. Dezember 2002.

Breite Kreise der rasch wachsenden Mittelschicht glauben diesem Versprechen. Sie sympathisieren mit der Kritik von VHP und breiten Kreisen der BJP am Säkularismus und dem „übertriebenen“ Schutz der Minderheiten und versuchen gleichzeitig, die gewalttätigen Ausschreitungen der Hindutva zu rationalisieren. Sie suchen in der Ideologie der VHP eine neue religiöse Identität, die auch den politischen Raum mit umfassen soll. Falls dann beim Marsch in die Institutionen Blut fließt, empfinden sie dies als eine unangenehme Begleiterscheinung. „Hindu nationalism“, so argumentiert Pratap Bhanu Mehta sehr treffend, „has managed to colonise Hinduism“.<sup>45</sup> Die einzige überzeugende ideologische Gegenposition bildet der in der indischen Verfassung verankerte Säkularismus, der den Schutz der Menschenrechte in einem Rechtsstaat und damit auch die Religionsfreiheit und den Schutz von Minderheiten garantiert. Aber diese rationale Gegenposition scheint nach Einschätzung von Mehta an Attraktivität und Akzeptanz zu verlieren, da die politische Wahrnehmung auch vieler Gebildeter mit geprägt ist von Inferioritätsgefühlen, religiösem Ressentiment und dem Bedürfnis nach Abgrenzung.

In seiner Kritik am herkömmlichen, als „Nehruvian“ bezeichneten Verständnis von Säkularismus findet Advani auch unter den Gebildeten in Indien Verständnis, die sich ansonsten niemals mit der Praxis der Hindutva identifizieren würden. Sie argumentieren, dass das Ausmaß, in dem in Indien sämtliche Bereiche des öffentlichen Lebens faktisch noch immer von der Religion geprägt sind, es unmöglich macht, eine klare Trennungslinie zwischen Religion und Politik zu ziehen. Sie halten den Versuch, Säkularismus völlig religionsneutral zu definieren, für einen rechtsphilosophischen Import aus dem Westen. Religiöse Anliegen dürften nicht um dieses säkularistischen und ursprünglich sozialistischen Rigorismus willen ignoriert werden. In diesem Sinne umfasst zwar der Hinduismus wesentlich mehr als die Hindutva, denn er ist ebenso von Traditionen der Toleranz gekennzeichnet, wie sie im Islam zu finden sind. Überlegungen dieser Art ebnen aber großen Teilen der rasch wachsenden indischen Mittelschicht den Zugang zum Hindunationalismus, der ihr offensichtlich zunehmendes religiöses Sinn- und Orientierungsdefizit mehr anspricht, als seine säkularen Kritiker dies vermögen. Das Dilemma besteht freilich darin, dass alle akademischen Diskussionen über „Indisierung“ in Kauf nehmen müssen, nolens volens der Hindutva in die Hände zu arbeiten.<sup>46</sup>

Es vergeht kein Tag, an dem nicht die indischen Medien den Wert des Säkularismus preisen. Die entscheidende Frage lautet jedoch, ob das Verständnis von „Nehruvian secularism“ sich streng um Neutralität zwischen den Religionen bemühen muss oder konfligierende Unterschiede in der religiösen Praxis gelten lassen darf. Ein anderer Kritikpunkt ist, dass der Säkularismus, wie er in der indischen Verfassung verankert ist, entgegen den ursprünglichen Erwartungen bisher nur sehr

<sup>45</sup> Pratap Bhanu Mehta, „An Uphill Struggle“, in: *The Hindu*, 26. November 2002; vgl. auch: Neera Chandhoke, „Why Minority Rights?“, in: *The Hindu*, 27. November 2002.

<sup>46</sup> Vgl. hierzu: Zoya Hasan, „Changing Political Orientations of the Middle Classes in India“, in: *Middle Class Values in India and Western Europe*, hrsg. von Imtiaz Ahmad und Helmut Reifeld, New Delhi 2003, S. 152-170.



wenig dazu beigetragen hat, die Kastenstrukturen in der indischen Gesellschaft zu überwinden. Allerdings schafft es die BJP weder, die beiden Konzepte des Säkularismus und der Hindutva als Gegensätze zu konstruieren, wie es vor allem die VHP versucht, noch, sie miteinander zu versöhnen, wie zuletzt Premierminister Vajpayee in seiner Neujahrsansprache in Goa.<sup>47</sup> Die meisten Kritiker der Hindutva halten jedoch die Versöhnungsstrategie für gefährlicher als die klare Polarisierung, da die Versöhnbarkeit sowohl verfassungsrechtlich als auch von der sozialen Realität her in Frage gestellt werden muss.

Vielen Kritikern fällt es jedoch schwer, eine Grenze zu ziehen zwischen der Kritik an der Hindutva im Besonderen und der Kritik am Hinduismus im Allgemeinen. Damit arbeiten auch sie wiederum der Hindutva in die Hände, die jegliche Kritik gerne als notorisches „Hindu bashing“ abtut. Nach Einschätzung von Kancha Ilaiah zum Beispiel kann eine Kritik an der Hindutva nicht daran vorbeigehen, die vom Hinduismus geprägte soziale Realität in Indien insgesamt zu kritisieren, in der Kastenstrukturen und soziale Ungleichheit festgeschrieben werden. In die gleiche Richtung argumentiert C.P. Bhambhri, der betont, dass der Hinduismus noch nicht einmal auf der abstrakten Ebene eine Vorstellung von Gleichheit unter den Menschen entwickelt habe.<sup>48</sup> Zahlreiche Kommentatoren weisen darauf hin, dass auch im Selbstverständnis der Kongresspartei hierauf bis heute keine befriedigende Antwort zu finden sei. Das Beispiel von Gujarat habe gezeigt, dass die säkularen Parteien sich gegenüber der Hindutva ideologisch nicht zu behaupten vermögen, weil in Indien atheistisch geprägtes Denken nur schwer Fuß fassen könne. Gleichzeitig gebe es einen gravierenden Mangel, was die Kritik an der Hindutva aus den Reihen des Hinduismus selbst betrifft.<sup>49</sup>

Weil die Mechanismen der Demokratie auf Mehrheitsentscheidungen basieren, haben alle modernen Demokratien dem Schutz von Minderheiten besondere Beachtung geschenkt. Die Hindutva hingegen steht allen Minderheitenrechten ablehnend gegenüber. Es ist deshalb sehr fragwürdig, ob die Versprechen der BJP die Minderheiten in Indien beruhigen werden. Wie will die Regierung – so fragen viele – den Muslimen in Kaschmir oder den Nagas im Nordosten, die überwiegend Christen sind, erklären, dass sie eine Heimat in Indien haben, wenn sie es gleichzeitig zulässt, dass Minderheiten so behandelt werden wie in Gujarat. Die gewalttätigen Übergriffe gegen Minderheiten gehören seit langem zur sozialen und politischen Realität, ebenso wie die Versuche radikaler Gruppen, in politischen Institutionen Fuß zu fassen. Ob dies tendenziell zunehmend geschieht oder eher in Form von Wellen, ist umstritten. Sollte jedoch das Beispiel von Gujarat Schule machen, so der überwiegende

<sup>47</sup> Text in: *The Hindu*, 1. Januar 2003. Diese Rede war sehr viel versöhnlicher formuliert als die, die er am 12. April 2002 ebenfalls in Goa gehalten hatte.

<sup>48</sup> Kancha Ilaiah, „The Predicament of OBCs“, in: *Deccan Herald*, 11. Januar 2003, und C.P. Bhambhri, „Is Hinduism facing a Crisis?“, in: *Hindustan Times*, 10. Dezember 2002.

<sup>49</sup> Vgl. Ashis Nandy, „Gujarati Primer“, in: *The Times of India*, 2. Januar 2003, und André Béteille, „Hinduism in Danger?“, in: *The Hindu*, 3. Januar 2003.

Tenor in den Medien, steht nicht nur der innere Friede in Indien auf dem Spiel, sondern auch das internationale Ansehen des Landes.

Die entscheidende Ausgangsfrage lautete, ob die Entwicklung Gujarats im Jahr 2002 (von den Pogromen zum anschließenden Wahlerfolg der BJP) als für dieses Bundesland spezifisch und historisch ephemere oder ob sie vielmehr als eine Wasserscheide für die weitere politische Entwicklung Indiens anzusehen sei. Erlaubt der Ausgang der Landtagswahl und der daraus abgeleitete „spirit of Gujarat“ der BJP, die politische, soziale und kulturelle Landschaft Indiens neu zu ordnen? Dies erscheint zweifelhaft. Das Programm eines „cultural nationalism“ für ganz Indien wäre eine so gewaltige (und wahrscheinlich auch gewalttätige) Aufgabe, dass der Hindunationalismus dies auf absehbare Zeit nicht durchzusetzen vermag. Seine Auffassung von Kulturnation erinnert eher an das Europa des frühen 19. Jahrhunderts, als dass er mit der faktischen Vielfalt des indischen Subkontinents am Beginn des 21. Jahrhunderts vereinbar wäre. Die traurige Lehre von Gujarat ist vielmehr, dass es sich parteipolitisch auszahlen kann, die Bevölkerung durch Hass und Gewalt zu polarisieren, und dass die Ermordung von Menschen ein Mittel sein kann, um eine Rhetorik von Rache und Selbstverteidigung in Stimmengewinne umzumünzen. Sollte dies Schule machen, so schlussfolgert Pratap Bhanu Mehta, könnte Indien zu einem Land werden, dessen Politik mehr von Angst bestimmt wird als von Vernunft, dessen vielfältige Traditionen von Toleranz, Pluralismus und liberalen Werten in Vergessenheit geraten und das schließlich zu dem wird, was Pakistan immer wollte: ein Nachbar auf gleichem politischen Niveau.<sup>50</sup>

---

<sup>50</sup> Pratap Bhanu Mehta, „Age of Anxiety“, in: *The Telegraph*, 17. Dezember 2002.

Manuskriptbearbeitung: Vera Rathje  
Satz und Textgestaltung: Christine Berg

Gesamtherstellung: einfach-digital print edp GmbH, Hamburg

ISSN 1436-1841  
ISBN 3-88910-295-6  
Copyright Institut für Asienkunde  
Hamburg 2003

CIP-Titelaufnahme:

<b>Indien 2003. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft</b> / hrsg. von Werner Draguhn. – Hamburg : IFA, 2003. – 482 S. ISSN 1436-1841 ISBN 3-88910-295-6
--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------



VERBUND STIFTUNG  
DEUTSCHES ÜBERSEE-INSTITUT  
Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Das Institut für Asienkunde bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Afrika-Kunde, dem Institut für Iberoamerika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut in Hamburg.

Aufgabe des Instituts für Asienkunde ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Asien. Das Institut für Asienkunde ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des jeweiligen Autors und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Nähere Informationen zu den Publikationen sowie eine Online-Bestellmöglichkeit bietet die Homepage: [www.duei.de/ifa](http://www.duei.de/ifa).

Alle Publikationen des Instituts für Asienkunde werden mit Schlagwörtern und Abstracts versehen und in die kostenfrei recherchierbare Literaturlatenbank des Fachinformationsverbundes Internationale Beziehungen und Länderkunde ([www.duei.de/dok](http://www.duei.de/dok)) eingegeben.

Anfragen zur Asienliteratur richten Sie bitte an die Übersee-Dokumentation (Tel.: 040/42825-598 – Fax: 040/42825-512 – E-Mail: [dok@duei.de](mailto:dok@duei.de)).